

20.04.2021

Antrag

der Fraktion der SPD

Förderoffensive NRW – Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler ausbauen

I. Ausgangslage

Die durch die Corona-Pandemie bedingten Einschränkungen belasten Kinder und Jugendliche in besonderem Maße. Ein gravierender Einschnitt erfolgte für sie durch die Schließungen der Schulen. Für viele Kinder und Jugendliche sind die Bedingungen des Lernens in dieser Pandemie-Situation stark erschwert. Dies hat Auswirkungen auf das soziale Lernen, die Kompetenzentwicklung sowie die erlernten Inhalte. Der Mangel an Austausch und Erfahrungen im Unterricht, auf dem Schulhof, auf dem Schulweg, bei Ausflügen oder Klassenreisen, die erschwerte Vermittlung von Lerninhalten oder auch die Einschränkung der Lernmethoden durch die Umstellung ins Digitale – all dies hat viele Kinder und Jugendliche in ihrer kognitiven, emotionalen und sozialen Entwicklung beeinträchtigt. Insbesondere Kinder und Jugendliche mit Lernschwächen und solche aus sozial benachteiligten Familien konnten ihre Fähigkeiten vermutlich nicht in dem Umfang entwickeln, wie es im Präsenzunterricht möglich gewesen wäre.

Die SPD-Fraktion macht seit einem Jahr konstruktive Vorschläge in Form von Anträgen und Konzepten, die Bildung und Gesundheit im umfassenden Sinne zusammen denken. Dazu gehören u.a. die Forderung eines Bildungsganztags und umfassender Ferienprogramme, um individuelle Lerndefizite der Schülerinnen und Schüler auszugleichen (vgl. Dnr. 17/12594). Darüber hinaus gilt es, das Potential der außerschulischen Lernorte zu nutzen, da diese es ermöglichen, Lerninhalte und das Lernen selbst lebendig und durch die direkte Begegnung anschaulich für Schülerinnen und Schüler zu gestalten, aber auch menschliche Interaktion zu initiieren (vgl. Dnr. 17/13067). Vieles von dem, was wir bereits seit einem Jahr fordern, wurde inzwischen in Angriff genommen. Aber in den meisten Fällen nur zögerlich und halbherzig. Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung reichen nicht aus, damit unsere Kinder und Jugendlichen ohne Beeinträchtigungen aus der Corona-Pandemie kommen. Daher braucht es neben den bestehenden Maßnahmen weitere Förderangebote, die den Schülerinnen und Schülern passgenau angeboten werden, wie sie zurzeit auch in anderen Bundesländern, insbesondere in Hamburg, diskutiert werden. Die Hamburger Koalitionsfraktionen von SPD und GRÜNEN haben hierzu einen Antrag in die dortige Bürgerschaft eingebracht, in welchem die Förderoffensive für die Hamburger Schülerinnen und Schüler ausgebaut werden soll. Diesem guten Beispiel aus Hamburg folgend, schließt sich die SPD-Fraktion diesen

Datum des Originals: 20.04.2021/Ausgegeben: 20.04.2021

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Forderungen für NRW an und fordert daher eine passgenaue Förderoffensive für alle Schülerinnen und Schüler in NRW. Im Rahmen dieser Förderoffensive sollen Förderangebote als zusätzliche Lernangebote unter dem Dach der Schule und in enger Verzahnung mit dem Unterricht organisiert werden. Die zusätzlichen Förderangebote sollen 80 Unterrichtsstunden umfassen und in den Jahren 2021 und 2022 realisiert werden. Dabei ist auch das soziale Miteinander und die Stärkung der Sozialkompetenz von Schülerinnen und Schülern bei den Förderangeboten in den Fokus zu nehmen. Darüber hinaus sollen auch die Fähigkeiten des Lernens und der Selbstorganisation, die sogenannten Lernstrategien, Raum finden. Die Teilnahme an diesen zusätzlichen Förderangeboten steht allen Schülerinnen und Schülern in NRW offen und ist ebenso für alle Schülerinnen und Schüler freiwillig. Hierbei sind insbesondere diejenigen Schülerinnen und Schüler in den Blick zu nehmen, die die Mindestkompetenzen in den Kernfächern bereits vor der Pandemie nicht erreicht haben. Unter anderem sollen Lernentwicklungsgespräche mit allen Schülerinnen und Schülern dazu genutzt werden, um gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern, den Eltern und dem pädagogischem Personal die Förderbedarfe der Kinder und Jugendliche zu erfassen. Insbesondere der Ganztags kann genutzt werden, um Schülerinnen und Schüler zu fördern. Es bedarf dabei einer eng verzahnten Zusammenarbeit zwischen den Schulen, den OGS-Trägern, den Angeboten der Offenen Kinder und Jugendarbeit, den Sportvereinen und weiteren außerschulischen Einrichtungen, um im Sinne der Kinder und Jugendlichen alle Kräfte zu mobilisieren und gemeinsam nach den besten Fördermöglichkeiten zu suchen.

Um das nötige pädagogisch geschulte Personal für die Förderoffensive zu gewinnen sollten u. a. pensionierte Lehrkräfte, Lehrkräfte in Teilzeit und in Vollzeit sowie Studierende der verschiedenen pädagogischen Berufe angesprochen werden. Auch dafür ist die Kooperation mit bildungsrelevanten Organisationen und Stiftungen zur Organisation und Umsetzung dieses Programms zu begrüßen. Für die schulspezifische Ausarbeitung des Programms, sowie den Austausch mit dem Personal, welches das Förderprogramm durchführen soll, sollen die Schulen entsprechende Ressourcen bekommen, um mit dem schulischen Personal ein individuell wirksames Programm zu entwickeln.

II. Der Landtag stellt fest:

- Die Schulschließungen in NRW bedeuten einen gravierenden Einschnitt für die Kinder und Jugendlichen.
-
- Der Mangel an Austausch durch das Schulleben führt zu kognitiven, emotionalen und sozialen Entwicklungsbeeinträchtigungen der Kinder und Jugendlichen.
-
- Dieses Schuljahr ist kein normales Schuljahr – die Folgen der Corona-Pandemie werden unsere Kinder und Jugendlichen auch in den kommenden Schuljahren begleiten.
- Insbesondere Kinder und Jugendliche mit Lernschwächen und solche aus sozial benachteiligten Familien sind durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Schulbetrieb im besonderen Maße betroffen.
-
- Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung reichen nicht aus, damit die Kinder und Jugendlichen gestärkt aus der Pandemie herausgehen können.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- sich auf Bundesebene weiterhin dafür einzusetzen, dass auch die Bundesregierung bundesweit Lernförderungen für Schülerinnen und Schüler unterstützt und mitfinanziert und in diesem Zusammenhang die pandemiebedingten, kognitiven, sozialen und psychischen Lern- und Entwicklungsrückstände erhoben und evaluiert werden;
- die Landesfinanzierung sicherzustellen, wenn der Bund keine Finanzmittel zur Verfügung stellt;
- ein Förderprogramm aufzulegen mit dem Ziel,
 - allen Schülerinnen und Schülern in NRW ein freiwilliges Förderangebot zu unterbreiten, um insbesondere die Lernrückstände aufzuholen;
 - in diesem Förderprogramm die kognitiven, sozialen und psychischen Gegebenheiten der Schülerinnen und Schüler in den Blick zu nehmen, um davon ausgehend ein Angebot in allen Bereichen zu schaffen;
 - insbesondere die Schülerinnen und Schüler anzusprechen, die die Mindestanforderungen in den Kernfächern nicht erreichen;
 - die Förderangebote im Umfang von zusätzlichen 80 Unterrichtsstunden in den Jahren 2021 und 2022 durchzuführen;
 - die Förderangebote eng mit dem Ganztagslernangebot zu verzahnen;
 - die Förderangebote unter dem Dach der Schule zu organisieren;
 - den Schulen für die Organisation und Durchführung der Förderangebote entsprechende Ressourcen zur Verfügung zu stellen;
 - qualifiziertes Personal zu gewinnen und begleitend zu fördern;
 - gezielt Studierende des Lehramts oder der Erziehungswissenschaften als studentische Hilfskräfte anzuwerben;
 - zu prüfen, inwieweit Teilnehmende des Freiwilligendienstes zur Unterstützung in der OGS herangezogen werden können;
 - diesbezüglich ferner zu prüfen, inwieweit Jugendlichen, die jetzt ihre Abschlüsse machen und denen eine mögliche Berufsperspektive fehlt, ein Angebot im Rahmen des Freiwilligendienstes zu machen
- zur Finanzierung der Lernförderung coronabedingte Mehrbedarfe aus dem NRW-Rettungsschirm geltend zu machen;
- dem Landtag bis zum 06.10.2021 zu berichten.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Eva-Maria Voigt-Küppers
Jochen Ott

und Fraktion